Humanistische Union

Das Gesicht der Volksabstimmung

Mitteilungen Nr. 175 S. 77

Die HUMANISTISCHE UNION unterstützt den von Mehr Demokratie e.V. initiierten Vorstoß zu bundesweiten Volksinitiativen, Volksbegehren bis hin zu einem verbindlichen Volksentscheid seit einem entsprechenden Beschluss der HU-Delegiertenkonferenz 1997. Derzeit läuft hierzu die Initiative „Menschen für Volksabstimmung“. Mit der Unterschriften- und Fotoaktion streitet ein breites Bündnis von inzwischen über 70 Verbänden – darunter auch die HU – für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene und für faire Spielregeln beim Volksentscheid.

Unsere Demokratie bedarf dringend einer Auffrischung.Viele Bürger sind frustriert,weil „die da oben ja doch machen, was sie wollen“. Immer neue Hiobsbotschaften wie der Spendenskandal oder die BSE-Krise erschüttern das Vertrauen in die Parteien. Das soll sich ändern. Immerhin haben SPD und Bündnis 90 / Die Grünen die Einführung des bundesweiten Volksentscheids im Koalitionsvertrag vorgesehen. Auch die FDP und die PDS sind dafür. Die CDU/CSU zögert allerdings nach wie vor.Fazit: Die Chancen für den Volksentscheid waren noch nie so gut wie heute.

Noch in diesem Jahr will die Koalition einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen.Auf Seiten der Bündnisgrünen ist Gerald Häfner, MdB (Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie und HU-Mitglied) beauftragt worden, ein gemeinsames Eckpunktepapier mit der SPD auszuarbeiten. Sollte die Koalition tatsächlich einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen, wäre dies wohl das erste Mal seit 1949, dass die Volksgesetzgebung im Bundestag eine Mehrheit finden würde. Die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel. Aber sie ist ein notwendiges Instrument auf dem Weg zu einer „weniger unvollendeten Demokratie“:

– Die Menschen wollen mitbestimmen. In den Ländern und Gemeinden greifen sie immer häufiger zu Volksbegehren. Über 70 Prozent wollen laut Umfragen auch im Bund direkt entscheiden.

– Volksabstimmungen sind Gaspedal und Bremse zugleich. Sie beleben den politischen Wettbewerb mit neuen Ideen und stoppen Politiker, die sich allzu weit von den Interessen der Bürger entfernen.

– Die direkte Demokratie wirkt der mangelnden Selbstkontrolle der Parteien (Stichwort: Spendenskandal) entgegen. In den US-Bundesstaaten sind faire politische Spielregeln eines der wichtigsten Themen von Volksbegehren.

Die Initiative „Menschen für Volksabstimmung“ will beispielhaft zeigen, wie die direkte Demokratie im Bund funktionieren kann. Die Initiative, für die Mehr Demokratie 100.000 Unterschriften sammeln will, entspricht dem ersten Schritt eines dreistufigen Modells der Volksgesetzgebung aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Die Bürger können nicht nur unterschreiben, sondern sich auch fotografieren lassen. Tausende von Fotos der „Menschen für Volksabstimmung“ werden von Aktionsbussen zu regionalen Wanderzügen zusammengeführt, die am Ende vor dem Berliner Bundestag in einer Ausstellung münden werden.Die erste virtuelle Demonstration in Deutschland!

„Menschen für Volksabstimmung“ fordert die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ins Grundgesetz. Dabei ist wichtig:Wir fordern faire Spielregeln für die Bürger. Zu hohe Hürden und Themenverbote haben die direkte Demokratie schon in vielen Bundesländern ins Leere laufen lassen. Das darf sich im Bund nicht wiederholen. Mehr Demokratie hat deshalb einen Gesetzentwurf mit fairen Regeln vorgelegt, der ein dreistufiges Modell vorsieht:

– Mit 100.000 Unterschriften kann eine Volksinitiative den Bundestag mit einer Frage befassen.

– Lehnt der Bundestag ab, kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dafür sind mindestens eine Million Unterschriften erforderlich.

– Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Wie bei Wahlen entscheidet hier die Mehrheit der Abstimmenden.

Zusätzliche Beteiligungsklauseln sehen wir nicht vor, weil sie zu Diskussionsverweigerung und Abstimmungsboykott führen. So werden gültige Abstimmungen nahezu unmöglich.

– Alle politischen Themen sollen von den Bürgern entschieden werden können,wenn sie es verlangen.Volksentscheide sind aber genauso wie Parlamentsentscheide an die Verfassung und die Grundrechte gebunden.

Weitere Informationen zur Initiative bekommen Sie im Internet unter: www.volksabstimmung.org oder bei Mehr Demokratie e.V. im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,Tel. 030-420 823 70 sowie per E-Mail: info@mehr-demokratie.de. Hier sind auch weitere Materialien, der Gesetzesentwurf von Mehr Demokratie und, vor allem, die erforderlichen Unterschriftslisten bestellbar.

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/mitteilungen/publikation/das-gesicht-der-volksabstimmung/
Abgerufen am: 06.11.2026